

Hedtke, Reinhold

## Interessen- statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung

Bielefeld : Universität, Fakultät für Soziologie 2025, 21 S. - (Didaktik der Sozialwissenschaften - Reprints; 14)



Quellenangabe/ Reference:

Hedtke, Reinhold: Interessen- statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung. Bielefeld : Universität, Fakultät für Soziologie 2025, 21 S. - (Didaktik der Sozialwissenschaften - Reprints; 14) - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-336177 - DOI: 10.25656/01:33617

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-336177>

<https://doi.org/10.25656/01:33617>

### Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen und das Werk bzw. diesen Inhalt nicht bearbeiten, abwandeln oder in anderer Weise verändern.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to alter or transform this work or its contents at all.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft



UNIVERSITÄT  
BIELEFELD



Fakultät für Soziologie

AB 9 Didaktik der Sozialwissenschaften  
Reprint No. 14 | 2025

# Interessen- statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung

Reinhold Hedtke

2025 (2020)

Fachdidaktik, Curricula  
und Unterricht müssen  
umstellen auf eine  
fachlich fundierte und  
praktisch wirksame  
Interessenorientierung  
und Interessen-  
kompetenz aus Sicht  
der Jugendlichen selbst.

## **Didaktik der Sozialwissenschaften**

### **Social Science Education**

Reprints

ISSN 2364-771X

### **Herausgeber | Editors:**

Prof. Dr. Udo Hagedorn

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Reprints in der Reihe Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften machen bereits andernorts veröffentlichte Forschungsergebnisse leicht zugänglich.

Reprints as a part of the series Social Science Education Working Papers make already elsewhere published research easily accessible.

Fakultät für Soziologie | Faculty of Sociology

Postfach | Postbox 100 131

33501 Bielefeld

Germany

### **Homepage**

<https://www.uni-bielefeld.de/fakultaeten/soziologie/fakultaet/arbeitsbereiche/ab9/index.xml>

### **e-Mail**

udo.hagedorn[at]uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen[at]uni-bielefeld.de

Sekretariat | office: Tel. +49 (0)521-106-3985



Bielefeld 2025

© Copyright by the author(s)

# Interessen- statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung

Reinhold Hedtke

## Inhalt

	Einleitung	4
1	Sozioökonomische Ungleichheit und ihre Folgen für Kinder und Jugendliche	5
	Sozioökonomische Ungleichheit und Demokratie	6
	Ungleichheit, Repräsentation und Partizipation	7
2	Politische Bildung und Ungleichheit	9
	Asymmetrischer Bildungsauftrag	9
3	Urteilsbildung und Interessen	12
	Interessenpolitik statt Urteilsbildung?	13
	Wirklichkeiten und Verwirklichungschancen	13
4	Fazit	16
	Literatur	17

## Einleitung <sup>1</sup>

Während sich die sozialwissenschaftliche Politikforschung seit längerem mit dem Problemkomplex der politischen Voraussetzungen, Formen und Folgen sozioökonomischer Marginalisierung und Exklusion für die politische Repräsentation und Partizipation beschäftigt, schenkt die fachdidaktische Forschung dem Zusammenhang von sozioökonomischer und politischer Ungleichheit eher wenig Aufmerksamkeit. Wenn sie sich doch damit auseinandersetzt, dann begreift sie den Gegenstand mehrheitlich meist als das Problem, wie man Marginalisierte, Exkludierte oder einfach Abwesende auf dem Wege einer pädagogisch und fachdidaktisch geförderten und geforderten Partizipation stabilisierend in das politische System integrieren kann.

Weit weniger widmet sie sich jedoch der Frage, was die Möglichkeiten und Aufgaben von Politikdidaktik und politischer Bildung angesichts umfassender Ungleichheitsbefunde sind. Eine Antwort wäre die Umstellung auf interessenpolitische Bildung, die vorrangig auf den Erwerb von Kompetenzen zielt, die zur wirksamen Artikulation, Wahrnehmung und Durchsetzung der Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen beitragen.

Eine zweite Antwort bietet die asymmetrische politische Bildung. Sie stützt vor allem die in sozioökonomischer und repräsentativer Hinsicht strukturell benachteiligten Kinder und Jugendlichen bei der Identifikation und Verfolgung der eigenen Interessen. Für diese Gruppen erweist sich eine Form politischer Bildung als notwendig und legitim, die ihre partikularen Interessen und entsprechende interessenpolitische Strategien in den Vordergrund stellt und so versucht, gruppenspezifische Repräsentationsschwächen im politischen System zu thematisieren, kritisieren und kompensieren. Dazu muss die Politikdidaktik eine Konzeption für interessengeleitete politische Bildung entwickeln.

---

<sup>1</sup> Es handelt sich bei diesem Text um eine leicht überarbeitete und ergänzte Version von: *Interessenbildung statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung*. In: Szukala, Andrea; Oeffering, Tonio (Hrsg.), *Partizipation und Protest*. Baden-Baden: Nomos 2020, 69-83.

## 1 Sozioökonomische Ungleichheit und ihre Folgen für Kinder und Jugendliche

„Liberalen Demokratien befinden sich in einem ständigen Spannungsfeld zwischen dem Anspruch politischer Gleichheit und der Existenz ökonomischer Ungleichheit“ (Elsässer u.a. 2017, 162). Dem demokratischen Versprechen auf politische Gleichheit steht in Deutschland häufig eine Politik gegenüber, die dem Anspruch auf gleiche Verwirklichungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger nicht nur unzureichend gerecht wird, sondern sich ihm in bestimmten Politikfeldern auch weitgehend verweigert, etwa der Steuer- und Vermögenspolitik. Wenn man sich „am ökonomischen Leitbild der Demokratie, in dem Politik in Analogie zum Markt und Bürger als Konsumenten interpretiert werden“ orientiert (Schäfer 2015, 16), ist dies kein politisches Problem. Aus der Perspektive anderer Demokratiebegriffe dagegen, etwa denen des Neorepublikanismus, drängen Befunde der sozioökonomischen und politischen Ungleichheit zum politischen Handeln, etwa weil sie Strukturen offenlegen, die verhindern oder erschweren, dass alle Interessen politisch gleiches Gehör finden (vgl. ebd., 24-25).

Strukturelle Ungleichheiten verbreiten und verfestigen sich zunehmend. So herrscht eine hohe intergenerationale Transmission bei der Armut, gut 14% der Kinder und Jugendlichen wachsen in Hartz-IV-Haushalten auf, rund ein Fünftel aller Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor (in Ostdeutschland mehr als ein Drittel und unter den 15- bis 24-Jährigen sogar mehr als zwei Fünftel) (2014) und über anderthalb Jahrzehnte hinweg stieg die Ungleichheit der Nettohaushaltseinkommen; wir beobachten ein hohes Ungleichheitsniveau bei den realen Bruttoarbeitslöhnen. Die Vermögensungleichheit in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch und in der EU nur in Lettland, Rumänien, Litauen, Polen und Estland höher, sie wird durch Zinseszinsseffekt und Steuerpolitik weiter befördert, während mehr als ein Viertel der deutschen Bevölkerung keinen oder einen negativen Vermögenswert hat. Die Aufwärtsmobilität wird besonders von Elternhaus und Bildung beeinflusst, der Bildungserfolg hängt wesentlich von der sozialen Herkunft ab, sozioökonomischer Status und Teilhabesrisiken werden sozial vererbt, zugleich herrscht bei den ökonomischen Eliten eine starke soziale Schließung, von außen ist ein Aufstieg dorthin kaum möglich.

Diese multidimensionale und gravierende Ungleichheit wirkt sich tiefgreifend auf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen aus: Jugend ist charakterisiert als eine chancenungleiche Lebensphase (BMFSFJ 2017, 70, 192, 465). Das gilt nicht nur für die sozioökonomische Situation im Allgemeinen, sondern auch für die verbreitete Nichteinlösung des meritokratischen Versprechens des Aufstiegs durch Leistung (Neckel 2008). Jugendliche

und junge Erwachsene erfahren Mobilitätsbarrieren aufgrund ihres niedrigeren sozioökonomischen Status' bzw. ihrer Zuwanderungsgeschichte (BMFSFJ 2017, 54, 192).

Die meisten der genannten Ungleichheiten entstanden nicht im Zuge evolutionärer oder spontaner wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse, sondern durch intentionale und strategisch ausgerichtete staatliche und lobbyistische Politiken (z. B. Streeck 2013). Sie werden gefördert und gestützt durch einen von den Eliten ausgehenden „Klassenkampf von oben“, der „auf die Herstellung und Stabilisierung gesellschaftlicher Ungleichverteilung“ zielt, unter anderem auch durch eine Ökonomisierung der Bildung und der Lehrpläne in der sozialwissenschaftlichen Domäne (Bauer/Bittlingmayer 2006, 35ff.) Die Gegenmacht fehlt, da es weder einen Klassenkampf von unten noch einen politischen Einfluss der Unterschichten gibt (Eberl 2014, 260ff.).

Nun könnte man all dies als mehr oder weniger interessante und relevante Befunde der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsforschung zur Kenntnis nehmen und in Form der üblichen Thematisierung sozialer und politischer Problemlagen im Rahmen von fachdidaktischen Konzepten oder unterrichtspraktischen Projekten bearbeiten. Ein abgeklärtes Abhandeln als eines von vielen Themen greift aber zu kurz, denn sozioökonomische Ungleichheit und Ungleichheit in der politischen Repräsentation und Partizipation hängen eng zusammen, sie verstärken sich wechselseitig. Das gilt in mehrfacher Hinsicht – und gefährdet den Auftrag politischer Bildung (vgl. Hedtke 2016).

### **Sozioökonomische Ungleichheit und Demokratie**

Grundsätzlich erzeugt sozioökonomische Ungleichheit politische Ungleichheit. Das betrifft zunächst die Ungleichheitsdimension einer vergleichsweise schlechten Repräsentation von Unterschichten und ihren Interessen in Parlamenten (z. B. Lehmann u.a. 2015). Jüngere empirische Analysen zeigen, „dass auch in Deutschland politische Entscheidungen stärker mit den Präferenzen höherer als mit denen unterer Einkommensgruppen übereinstimmen“ (Elsässer u.a. 2017, 163; vgl. Elsässer 2018). Dass die Entscheidungen der Politik den eigenen Präferenzen entsprechen, „können untere Einkommensgruppen nur hoffen, wenn diejenigen mit hohem Einkommen dasselbe wollen“ (ebd., 176). Empirisch sind die Mechanismen, die diese Asymmetrien hervorbringen, allerdings noch nicht hinreichend geklärt.

Wenn Befunde dieser Art wahrgenommen und kommuniziert werden und Aufmerksamkeit finden, schwächt dies die Legitimation und Akzeptanz der repräsentativen Demokratie in

einer pluralistischen Gesellschaft, da die parlamentarische Interessenwahrnehmung sozioökonomisch systematisch zuungunsten bestimmter Gruppen verzerrt ist. „Sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und wenden sich deshalb von der Politik ab, die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert“ (ebd., 178).

Darüber hinaus verringert sozioökonomische Ungleichheit die konventionelle individuelle politische Partizipation, insbesondere Personen mit niedrigem Einkommen wählen deutlich seltener als solche mit hohem Einkommen (Schäfer 2015, 87ff.). Direktdemokratische und unkonventionelle Partizipationsformen verstärken sogar die Spiegelung der sozioökonomischen Ungleichheit in der Politik (Merkel/Petring 2012, 110ff.).

Auch kann ausgeprägte sozioökonomische Ungleichheit das Wirtschaftswachstum schwächen, die Krisenanfälligkeit von Volkswirtschaften fördern und das demokratische System insofern herausfordern, als seine Akzeptanz auch auf seiner ökonomischen und sozialen Leistungsfähigkeit basiert, die in wachsendem Wohlstand und zunehmender Sicherheit zum Ausdruck kommt (Albig u.a. 2017). Die politische und kommunikative Strategie der Individualisierung wirkt dem allerdings insofern entgegen, als sie dem und der Einzelnen die Verantwortung für die eigene sozioökonomische Lage zuschreibt und deren Ursachen entpolitisiert (z. B. Wagner 2007).

Globalisierung, Finanzialisierung und Vermarktlichung stärken die politische Macht von Wirtschaftseliten und Kapitaleigentümern und schwächen den politischen Einfluss der Verlierergruppen und ihrer Organisationen – etwa der Gewerkschaften („Unterschichtsexklusion“) (z. B. Kocka/ Merkel 2015, 330–331). Das engt die wohlfahrtsstaatlichen und verteilungspolitischen Spielräume der Politik stark ein.

### ***Ungleichheit, Repräsentation und Partizipation***

Sozioökonomische und politische Ungleichheit betrifft auch Kinder und Jugendliche als eine besondere Bevölkerungsgruppe. In der Zeit nach der globalen Finanzkrise entstand eine generationelle Ungleichheit in den EU-Ländern, da Jugendliche und junge Erwachsene signifikant stärker von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Flexibilisierung und Befristung von Arbeitsverhältnissen, Niedriglöhnen, unbezahlten Überstunden und Armutsrisiko sowie Absenkung sozial- und arbeitsmarktpolitischer Standards betroffen sind (Chen u a. 2018; Blossfeld u.a. 2011). Die Abwälzung sozioökonomischer Risiken auf Jugendliche und junge Erwachsene erzeugt Destabilisierungstendenzen, die sich bisher u.a. in

hoher Unsicherheit bei der Berufs- und Studienorientierung, wachsender Ungewissheit bei Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und in abnehmender Verlässlichkeit bei der Lebens- und Familienplanung niederschlagen (Blossfeld 2008, 52 f.; Leven u.a. 2015, 56ff.).

Dies schwächt zwar die sozioökonomische Lage einer ganzen Generation, wirkt aber sozioökonomisch deutlich differentiell und stellt insbesondere junge Menschen aus der unteren Mittelschicht und der Unterschicht schlechter. So verwundert es nicht, dass nur ein Drittel der Jugendlichen aus der Unterschicht optimistisch in die Zukunft blickt, bei denen aus Oberschicht und oberer Mittelschicht sind es dagegen 74 bzw. 71 Prozent (Leven u. a. 2015, 100ff.). Die junge Mehrheitsgesellschaft sieht also über Ungleichheit weitgehend hinweg und hält „an ihrem optimistischen, auf Leistungsgerechtigkeit vertrauenden Deutungsmuster von sozialer Ungleichheit“ fest (Sachweh 2010, 290 f.).

Neben sozioökonomischer Teilhabe spielt die Kinder- und Jugendpartizipation potenziell eine wichtige Rolle als eine Option für Selbstbestimmung, Interessenpolitik und Verbesserung der Verteilungsposition. Tatsächlich wirkt sie aber eher kontraproduktiv, da sie stärker als Instrument der Passung und Integration der Kinder und Jugendlichen in die etablierten Verhältnisse fungiert (BMFSFJ 2017, 41, 108-109). Trotz „eigenständiger Jugendpolitik“ für die 12bis 27-Jährigen sind Jugendliche und junge Erwachsene Betroffene einer „Repräsentationskrise“, insofern sie in etablierten Strukturen und Verfahren nur begrenzt partizipieren (können) (ebd., 5, 113). Den Status von Kinder- und Jugendinteressen als strukturell „schwache Interessen“ können advokatorisch agierende, immer auch eigeninteressierte Verbände nicht oder kaum kompensieren. Hinzu kommt eine weitere Schwächung der Interessenvertretung durch die demografisch-generationale Ungleichheit, die das relative Gewicht der Wählergruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vergleich zu Älteren verringert.

## 2 Politische Bildung und Ungleichheit

Für die politische Bildung stellt die dreifache, nämlich sozioökonomische, politische und sozioökonomisch bedingte politische Ungleichheit ein Schlüsselproblem dar. Sie steht vor drei Herausforderungen, die auf eine Kurzform gebracht lauten: Kapitalismus und Demokratie sind heute kaum kompatibel, sozioökonomische Ungleichheit verletzt das Prinzip politischer Gleichheit und wirtschaftliche Macht reduziert die wohlfahrtsstaatlichen Optionen der Politik. Die sozioökonomische Ungleichheit behindert strukturell die Interessenvertretung der benachteiligten Gruppen und gefährdet die Voraussetzungen und die Legitimation einer repräsentativen Demokratie.

Wenn die politische Bildung die Grundlagen der hier herrschenden Form von Demokratie im Medium der Bildung von Kindern und Jugendlichen reproduzieren und Spielräume für ihre Weiterentwicklung schaffen will, dann muss sie die Stärkung des politischen Selbstbewusstseins von Kindern und Jugendlichen und ihre mentale, kognitive, emotionale und praktische Ausrüstung für die politische Durchsetzung ihrer Interessen zu ihrer Hauptaufgabe machen. Bekanntlich ist die Argumentationslinie nicht neu, aber doch stark in den Hintergrund der politischen Bildung geraten. So betonte etwa Rolf Schmiederer, dass „der Schüler mit seinen Bedürfnissen, Erwartungen und Interessen“, seine „konkrete Lebenssituation“ im Zentrum des Unterrichts stehen sollen (Schmiederer 1977, 108-109; vgl. Hedtke 2025). Es versteht sich von selbst, dass keineswegs nur

„egoistische“ Interessen eingeschlossen sind, sondern es kann sich auch um advokatorische oder altruistische Anliegen aller Art handeln. Mit dieser Akzentuierung kann es insbesondere im Feld der schulischen politischen Bildung zu einer Umkehrung der Relevanzstrukturen kommen, wenn die Bildung für die Interessenpolitik in der Demokratie mehr Aufmerksamkeit erfährt als die tendenziell affirmative Bildung für die Integration in die etablierten Institutionen der Demokratie. Aus interessenpolitischer Perspektive gewinnt dann auch politisches Wissen für die Kinder und Jugendlichen erheblich an Handlungsrelevanz.

### ***Asymmetrischer Bildungsauftrag***

Ich schlage vor, dass die fachdidaktische Antwort auf die sozioökonomisch bedingte politische Ungleichheit darin besteht, einen asymmetrischen Bildungsauftrag für die schulische politische Bildung anzunehmen, auszuarbeiten, auszuprobieren und zu etablieren. Seine dreifache Asymmetrie basiert erstens auf einer Parteinahme für die sozioökonomischen und politischen Verwirklichungschancen und Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Diese Capabilities bemessen sich empirisch an „Reichweite und Qualität des Spektrums sowie die Menge effektiv realisierbarer, hinreichend voneinander unterscheidbarer Möglichkeiten und Fähigkeiten von Menschen, für ihre eigene Konzeption eines guten Lebens wertvolle Handlungen und Daseinszuständen realisieren zu können“ (Otto/Ziegler 2010, 12).

Der Bildungsauftrag zielt zweitens auf die Stärkung sozioökonomisch und politisch (relativ) benachteiligter Gruppen und er strebt drittens einen Beitrag zur Verringerung politischer Ungleichheiten an. Besonders die beiden letztgenannten Ziele lassen sich unter den gegebenen Bedingungen auf dem Wege von obligatorischer Bildung im Kontext öffentlicher Schulen nur begrenzt verfolgen und nur bedingt befördern.

Die sozialwissenschaftliche Begründung für einen asymmetrischen Ansatz politischer Bildung kann ich an dieser Stelle nur skizzieren. Sie stützt sich zum einen und vor allem auf die Vielzahl von empirischen Befunden zum Zusammenhang zwischen struktureller, persistenter sozioökonomischer Benachteiligung einerseits und politischer Benachteiligung andererseits. Zum anderen bezieht sie sich auch auf die Diagnose, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen strukturell schwache und politisch eher schlecht repräsentierte Interessen sind. Mit Blick auf das Strukturmerkmal schwacher Interessen kumulieren sozioökonomisch-soziale Randständigkeit, prekäre Beschäftigung und Einkommensquellen der Erziehenden mit der grundsätzlich schlechten Organisierbarkeit der demografischen Großgruppe Kinder und Jugendliche (vgl. Winter/Willems 2000, 14-16; Clement u.a. 2010, 13-18). Auch dieser negative Kumulationseffekt spricht für eine asymmetrische politische Bildung.

Als weitere Begründung lässt sich die Wechselwirkung zwischen schlechten sozioökonomischen Lebenslagen und politischer Passivität und Apathie anführen (Bödeker 2012, 37). Politisches Interesse, Wirksamkeitsüberzeugung und Partizipation hängen von Bildungsgrad, Erwerbsstatus und Einkommen ab, Personen mit höherem Bildungsgrad bzw. höherem Einkommen sind überproportional in politischen Organisationen aktiv (ebd., 30-33). Politische Bildung muss deshalb kompensatorisch asymmetrisch zugunsten der sozioökonomisch und politisch strukturell Benachteiligten arbeiten. Das gilt aus personalen Gründen, um für alle Kinder und Jugendlichen gleiche Verwirklichungschancen zu garantieren, aus politischen Gründen, um die Artikulation und Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu befördern, sowie auch aus funktionalen Gründen, um die Legitimation des demokratischen Systems durch sozial breitere Partizipation und höhere Grade konventioneller und alternativer Partizipation zu stärken (vgl. Partetzke/Klee 2016, 34-37). Man kann jedoch

nicht darauf setzen, durch die Förderung unkonventioneller Partizipationsformen den Zusammenhang von politischer und sozialer Ungleichheit aufbrechen zu können (Gerdes/Bittlingmayer 2016, 60-64).

Allerdings erteilt sich die politische Bildung mit dieser Neubewertung von Relevanz einen relativ riskanten und nicht sehr aussichtsreichen Auftrag. Sie muss mit Widerstand, Blockaden und Delegitimationsversuchen vor allem von denen rechnen, die an der Erhaltung des Status Quo des politischen Systems sowie der gegenwärtigen sozioökonomischen Verteilungsverhältnisse interessiert sind. Diese Gegenstrategien dürften deshalb relativ effektiv sein, weil sie von den Gruppen und korporativen Akteuren getragen werden, die mit sozioökonomischen und sozialen Ressourcen überdurchschnittlich gut ausgestattet sind und über privilegierte Zugänge zu Politik, Wirtschaft und Medien verfügen (z. B. Priddat 2009). Zurückhaltung oder Ablehnung wird auch von den Kindern und Jugendlichen selbst kommen, sei es aufgrund der sozioökonomisch bevorzugten Position, in der sie selbst leben, auf der Basis von politischen Grundorientierungen, die prinzipiell gegen mehr sozioökonomische Gleichheit gerichtet sind, oder durch sozioökonomischen und politischen Fatalismus (Pettenkofer 2017).

### 3 Urteilsbildung und Interessen

Die oben skizzierte Befundlage verlangt dringend nach einer kritischen Debatte über die Reichweite der Leitfigur der individuellen politischen Urteilsbildung, deren Resultat das lernende Individuum gegenüber anderen Individuen vertreten können soll (z. B. Juchler 2022, 264–265). Sehen wir einmal davon ab, dass politische Urteilsbildung auch ein *kollektiver*, öffentlicher Prozess und auch ihr individueller Part sozial eingebettet und geprägt ist, stellen sich die folgenden Fragen: Wie verhält sich die Fokussierung auf Urteilsbildung zur strukturell bedingten, kollektiven sozioökonomischen und politischen Lage von Kindern und Jugendlichen und der benachteiligten Gruppen, denen ein Teil von ihnen angehört? Wie sollen marginalisierte sozioökonomische und politische Bedürfnisse und Interessen durch individuelle Urteilsbildung und Argumentation wirksam thematisiert und berücksichtigt werden, wenn in pluralistischen Systemen Interessen nicht nur organisiert artikuliert, kommuniziert und lobbyiert werden, sondern Interessenvertretung und interessengeleitete politische Kommunikation professionalisiert, vermarktet und kommerzialisiert wird (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, 15-71; Speth/Zimmer 2015)?

Selbstverständlich macht dies die herkömmliche politische Urteilsbildung nicht obsolet. Aber es ist nicht zu erkennen, wie sie dazu beitragen soll, die Bedürfnisse und Interessen ausgerechnet derjenigen zu befördern, die sozioökonomisch benachteiligt und politisch weitgehend einflusslos sind. Vielmehr muss sich die Politikdidaktik mit der Frage auseinandersetzen, was Kinder und Jugendliche wissen und können müssen, um aus solchen strukturellen Randpositionen heraus aktuelle und möglichst auch anhaltende Aufmerksamkeit für die eigenen berechtigten Anliegen zu generieren.

Daran schließt sich die Frage an, was Politikdidaktik und politische Bildung dazu beitragen können und wie weit sie bereit sind, hier klar Position zu beziehen. Geht es um die Ausbildung und Befähigung zur selbstbewussten und effektiven Artikulation und Durchsetzung der eigenen Bedürfnisse und Interessen in einer pluralistischen Gesellschaft mit verhärteten Strukturen sozioökonomischer Ungleichheit, sozial selektiver Aufwärtsmobilität und asymmetrischer politischer Repräsentation? Dann erweist sich das Ideal der Urteilsbildung als akademisch-bildungsbürgerliche Denkfigur, als ein Ungleichheit perpetuierendes – auch mittels der diskursiven Normen und Praktiken und ihrer sozial exkludierenden Effekte –, politisch einseitiges und die Deprivilegierten letztlich deaktivierendes Format. Es neigt dazu, unpolitisch zu sein.

### **Interessenpolitik statt Urteilsbildung?**

Die Politikdidaktik muss sich fragen, ob die Verpflichtung der politischen Bildung auf diese Form von Urteilsbildung bei sozioökonomisch strukturell benachteiligten Kindern und Jugendlichen eine vorgängige mentale Distanz bewirkt, die sie von der Parteinahme für die eigenen Bedürfnisse und Interessen und die Verbesserung der eigenen sozioökonomisch-politischen Position abhält. Sie muss für den Regelbetrieb in Schulen alternative Formate entwickeln und erproben, mit denen die Kinder und Jugendlichen lernen, sich in selbstbewusstem Partikularismus auf die Klärung und Artikulation der eigenen Interessen zu konzentrieren und politisch effektiv für deren Realisierung zu kämpfen. Politischer Bildung geht es dann zunächst und vor allem um die Stärkung des Eigeninteresses und der Interessenvertretung durch die sozioökonomisch Benachteiligten selbst. Erst in Prozessen der politischen Verhandlung und Entscheidung kommt dann neben den Interessen Dritter auch die Frage ins Spiel, welche Bezüge in der konkreten Sache auch auf – meist unterschiedliche – Vorstellungen von Gemeinwohl möglich und sinnvoll sind. Selbstverständlich ist dies schon im Rahmen des politischen Unterrichts zu thematisieren.

Mindestens gleichberechtigt neben die politische Urteilsbildung tritt dann die politische Interessenbildung als Leitformat politischer Bildung in der Schule. Eine (auch und wesentlich) dem Prinzip der Interessenorientierung folgende politische Bildung zielt auf die Kernkompetenz der Interessenpolitik, d. h. auf die Fähigkeit, die eigenen kollektiven und individuellen Interessen politisch angemessen und effektiv möglichst weitgehend durchzusetzen. Zugespielt formuliert braucht es – insbesondere in der politischen Bildung für strukturell benachteiligte Jugendliche, aber nicht nur dort – mehr von der Motivstruktur und den Verhaltensmustern des aufgeklärten *homo socio-oeconomicus*. Er verfolgt seine Interessen konsequent, ist sich dabei der sozialen Bedingtheit seiner sozioökonomischen und politischen Lage sowie der kollektiven Voraussetzungen und institutionellen Rahmenbedingungen für ihre Verbesserung bewusst. Er erkennt auch für seine eigene Lage und seine Situationen, dass strukturelle sozioökonomische und politische Ungleichheit eng miteinander verknüpft sind.

### **Wirklichkeiten und Verwirklichungschancen**

Sozialwissenschaftlich begründen kann man die Neuorientierung politischer Bildung mit Bezug auf den Capability Approach von Amartya Sen, der Demokratie nicht nur als Selbstzweck sieht, sondern auch als Mittel, um menschliche Entwicklung zu erreichen, die er als die Erweiterung der Verwirklichungschancen fasst (Sen 2010, 253-344; vgl. zum

Folgenden Bonvin/Laruffa 2018). Sen wählt mit der Anerkennung der Tatsache von Ungerechtigkeit, Ungleichheiten und Machtasymmetrien einen realistischen Ausgangspunkt und verabschiedet die Vorstellung einer eindimensional objektivierten Wirklichkeit zugunsten des Konzepts der positionsbedingten Objektivität, die die Wirklichkeit meint, die *jeder* von einem genau festgelegten Standpunkt aus beobachtet (Sen 2010, 183-201). Beobachtungen variieren damit in Abhängigkeit vom Standpunkt der Beobachtung, sie sind positional relativ, aber personenunabhängig. Mit der Formel „*description as choice*“ betont Sen, dass diese Form von Positionalität auch in der Wissenschaft unvermeidbar ist (Sen 1980, 360-362).

So entsteht eine Pluralität positionalen Wirklichkeiten, mit der die universalistische Auffassung von Rationalität fragwürdig wird, die deliberativen Demokratietheorien oft zugrunde liegt. Sen vertritt einen kontext- und prozessabhängigen und somit dynamischen Interessenbegriff. Er argumentiert, man müsse schon aus epistemologischen Gründen sicherstellen, dass in demokratischen Prozessen möglichst viele dieser positionalen Wirklichkeiten zur Sprache kommen, um alle relevanten Informationen in kollektiven Entscheidungsprozessen berücksichtigen zu können (Bonvin/ Laruffa 2018, 960-961). Folgt man Sen, kommt es in der Demokratie nicht darauf an, Situationen zu kreieren, in denen Menschen von sich selbst, ihren eigenen Interessen und Situationen abstrahieren, sondern dafür zu sorgen, dass alle vorhandenen positionalen Wirklichkeiten gleichgewichtig zum Zuge kommen. Auch daraus folgt die Notwendigkeit einer fundamentalen Revision des vorherrschenden Formats der politischen Urteilsbildung in der politischen Bildung und seiner übermäßigen Engführung auf kognitive, universalrationalistische und individualistische Muster der Auseinandersetzung, denn diese verhindert eine möglichst breite und egalitäre Partizipation (vgl. ebd., 964).

Für die politische Bildung in Zeiten gravierender Ungleichheiten folgt daraus, dass sie die Lernenden stärkt, ihre jeweilige positionale Wirklichkeit zur Sprache, zur Geltung und zur Wirkung zu bringen (vgl. Hedtke 2024). Im Zentrum der Bildungs- und Aktivierungsprozesse steht dann der Plural der *lageabhängigen* Wirklichkeiten der Jugendlichen, so wie sie selbst sie sehen, und die Förderung der darauf bezogenen interessenpolitischen Kompetenz der Jugendlichen. So wird Lebensweltorientierung hoch politisch und der Kristallisationskern politischer Bildung.

Dazu muss die politische Urteilsbildung vom Kopf auf die Füße gestellt werden und mit interessenpolitischer Perspektive den Lernenden als Repräsentanten, Verteidigern und Akteuren ihrer *positional objectivities* dienen. Dann geht es zuvorderst um die durch ihre

Lebenslagen, Bedürfnisse, Interessen und Ansprüche definierten Wirklichkeiten. Es kommt zur Umkehrung der herkömmlichen politischen Urteilsbildung, indem sie von den je eigenen Interessenlagen nicht nur ausgeht, sondern sich die Verbesserung der Lebenslagen zum Ziel setzt. Angesichts struktureller sozioökonomischer und politischer Ungleichheit muss die politische Bildung eine asymmetrische Aufmerksamkeit für die positionalen Wirklichkeiten aufbringen, die die Welten sozioökonomisch Benachteiligter kennzeichnen und die in Öffentlichkeit und Politik unterrepräsentiert sind. Politische Bildung muss die interessenpolitische Kompetenz von Kindern und Jugendlichen fördern, damit sie ihre Chancen auf politische Repräsentation und Responsivität der Politik für ihre Anliegen effektiver einfordern können – wenn sie selbst das wollen. Nicht zuletzt muss politische Bildung bevorzugt mit Blick auf strukturell Benachteiligte ein interessenorientiertes politisches Handeln aufwerten und das konsequente Verfechten der eigenen Interessen fördern und legitimieren. Dies schließt selbstverständlich *auch* eine selbstkritische Reflexion auf legitime Gründe und Vorgehensweisen sowie legitime Ansprüche Dritter ein.

## 4 Fazit

Wenn man der vorstehend präsentierten Analyse im Großen und Ganzen zustimmt, dann müssen Fachdidaktik, Curricula und Unterricht umstellen auf Vorrang für eine fachlich fundierte und praktisch wirksame Interessenorientierung und Interessenkompetenz aus Sicht der Jugendlichen selbst. Die Gründe dafür beziehen sich zum einen auf die Subjektorientierung als ein allgemeines Bildungsprinzip und auf die fachdidaktischen Prinzipien der Interessenorientierung und des Lebensweltbezugs. Sie resultieren zum anderen aus der Anerkennung der politischen Folgen der sozioökonomisch bedingten politischen Ungleichheit, der politischen Repräsentationskrise der Jugend und junger Erwachsener und ihrer politisch vergleichsweise schwachen advokatorischen Lobby. Nicht zuletzt begründet sich der Vorrang für die sozioökonomischen und politischen Interessen der Jugendlichen in Schule und Unterricht aus der Gefährdung demokratischer Institutionen durch die skizzierte Repräsentationslücke. Schließlich können Schule und politische Bildung nur eine der drei Hauptursachen von politischer Ungleichheit bekämpfen, sie können – in Grenzen – sozial Benachteiligte ausbilden und aktivieren, aber sozioökonomische Ungleichheit zu bekämpfen und politische Repräsentation jenseits der Schule zu stärken, sprengt ihre Möglichkeiten (vgl. Bödeker 2012, 41-43). Politische Bildung sollte wenigstens das tun, was sie tun kann.

Selbstverständlich bleibt die Fachdidaktik dabei dem Beutelsbacher Konsens nicht nur verpflichtet, sondern sie setzt ihn durch die asymmetrische Interessenorientierung erst vollständig um, indem sie seinem dritten Teil zu praktischer Geltung und Anwendung verhilft. Durch die Akzentsetzung auf Interessenorientierung sichert sie erst die Pluralität fachdidaktischer Leitideen und deren Manifestation im Unterricht, indem sie der dominanten gemeinwohlorientierten Urteilsbildung eine interessenorientierte Bildung an die Seite stellt. Damit befreit sie die Jugendlichen von der vorrangigen Verpflichtung auf ein „Gemeinwohl“ und befähigt und ermutigt sie zur entschlossenen Initiative für die eigenen Interessen. Diese wirksam verfolgen zu können, ist eine politische Kernkompetenz in einer pluralistischen Gesellschaft.

## Literatur

Albig, H. u.a. (2017): Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst. In: DIW-Wochenbericht. 84, 10, S. 159– 168.

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.554080.de/17-10-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.554080.de/17-10-1.pdf)

Bauer, U./Bittlingmayer, U. H. (2006): Unterschichtscodiert: zehn Vorschläge für das Bildungswesen der Zukunft. In: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Frankfurt/Main. u.a., S. 3591– 3598.

Blossfeld, H.-P. (2008): Globalisierung, wachsende Unsicherheit und der Wandel der Arbeitsmarktsituation von Berufsanfängern in modernen Gesellschaften. In: Schlemmer, E./Gerstberger, H. (Hrsg.): Ausbildungsfähigkeit im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Wiesbaden, S. 35–54.

Blossfeld, H.-P. u.a. (Hrsg.) (2011): Youth on globalised labour markets. Rising uncertainty and its effects on early employment and family lives in Europe. Opladen u.a.

BMFSFJ = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>

Bödeker, S. (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. WZBrief Zivilengagement. Berlin. <https://www.econstor.eu/handle/10419/60049>

Bonvin, J.-M./Laruffa, F.: Deliberative democracy in the real world, the contribution of the capability approach. In: International Review of Sociology 28, 2, S. 216–233.

Chen, T. u.a. (2018): Inequality and Poverty Across Generations in the European Union. IMF Staff Discussion Note. O.O. Washington, D.C.

<https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/SDN/2018/sdn1801.ashx>

Clement, U. u.a. (2010): Einleitung: Public Governance und schwache Interessen. In: dies. (Hrsg.): Public Governance und schwache Interessen. Wiesbaden, S. 7– 26.

Eberl, O. (2014): Deliberativer Supranationalismus in der postdemokratischen Konstellation. In: Flügel-Martinsen, O. u.a. (Hrsg.): Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns. Wiesbaden, S. 245–264.

Elsässer, L. u.a. (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 27, 2, S. 161–180.  
<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s41358-017-0097-9.pdf>

Elsässer, L. (2018): Wessen Stimme zählt. Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt/M.

Gerdes, J./Bittlingmayer, U. H. (2016): Jugend und Politik. Soziologische Aspekte. In: Gürlevik, A. u.a. (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden, S. 45–68.

Hadjar, A. (2015): Die Legitimation sozialer Ungleichheit – Bildung, Status und die Akzeptanz von Ungleichheit auf Basis des meritokratischen Prinzips. In: Dammayr, M. u.a. (Hrsg.): Legitimität. Gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Bruchlinien der Rechtfertigung. Sozialtheorie. Bielefeld S. 153–176.

Hedtke, R. (2016): Bildung zur Partizipation: Fachdidaktik als Auftragnehmerin der Politik? In: Menthe, J. u.a. (Hrsg.): Befähigung zu gesellschaftlicher Teilhabe. Beiträge der fachdidaktischen Forschung. Münster u.a., S. 9–24.

Hedtke, R. (2024): Arm und Reich: Zur Bedeutung ökonomischer Ungleichheit für die Demokratiebildung. In: Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus (Hrsg.): Konflikte. Gesellschaft und Politik demokratisch gestalten. 2. Jahrbuch Demokratiepädagogik & Demokratiebildung. Frankfurt/M., S. 81-99.

Hedtke, R. (2025): Schmiederer, Rolf (1977): Politische Bildung im Interesse der Schüler. Köln/Frankfurt/M. In: May, Michael; Hameister, Ilka (Hrsg.): Politikdidaktische Konzeptionen. Originale und Kommentare. Frankfurt/M., S. 182-197.

Juchler, I. (2022): Wissenschaftsorientierung. In: Sander, W./Pohl, K. (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. 5. Aufl. Bonn, S. 260–268.

Kocka, J./Merkel, W. (2015): Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch. In: Merkel, W. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden, S. 307–336.

Lehmann, P. u.a. (2015): Ungleichheit in der politischen Repräsentation. In: Merkel, W. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden, S. 157–180.

Leven, I. u.a. (2015): Familie, Bildung, Beruf, Zukunft: Am liebsten alles. In: Albert, M. u.a. (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt/M., S. 47–110.

Merkel, W./Petring, A. (2012): Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, T./Krell, C. (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 93–120.

Neckel, S. (2008): „Leistung“ und „Erfolg“: Die symbolische Ordnung der Marktgesellschaft. In: Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt/M., S. 45–64.

Otto, H.-U./Ziegler, H. (2010): Der Capabilities-Ansatz als neue Orientierung in der Erziehungswissenschaft. In: Otto, H.-U./Ziegler, H. (Hrsg.): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. 2. Aufl. Wiesbaden, S. 9–13.

Partetzke, M./Klee, A. (2016): Partizipieren können, wollen und dürfen! Politikwissenschaftliche Aspekte der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Beispiel Wahlrecht. In: Gürlevik, A. u.a. (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden, S. 27–44.

Pettenkofer, A. (2017): Fatalismus. Über eine vernachlässigte Stütze sozialer Ordnung. In: Berliner Journal für Soziologie. 27,1, S. 123–150.

<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s11609-017-0339-1.pdf>

Priddat, B. P. (2009): Politik unter Einfluss. Netzwerke, Öffentlichkeiten, Beratungen, Lobby. Wiesbaden.

Sachweh, P. (2010): Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung. Frankfurt/M.

Schäfer, A. (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt/M.

Schmiederer, R. (1977): Politische Bildung im Interesse der Schüler. Basistexte Bildung. Köln u.a.

Sebaldt, M./Straßner, A. (2004): Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.

Sen, A. (1980): Description as Choice. In: Oxford Economic Papers. 32, 3, S. 353–369.

Sen, A. (2010): Die Idee der Gerechtigkeit. München.

Speth, R./Zimmer, A. (2015): Von der Hierarchie zum Markt – Zur Koordination von Interessenvertretung heute. In: Speth, R./Zimmer, A. (Hrsg.): Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung. Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden, S. 31–52.

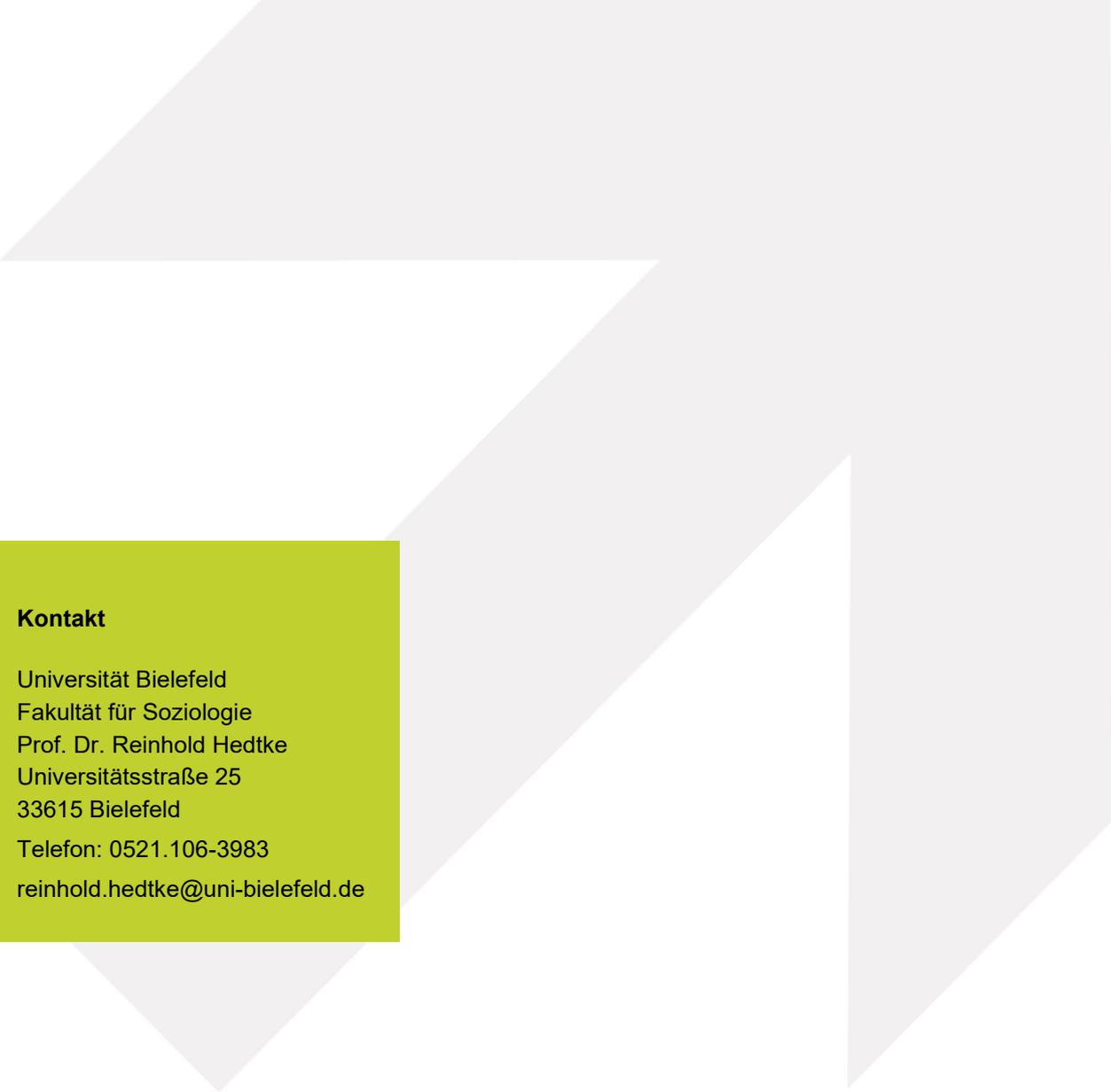
Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012. 3. Aufl. Berlin.

Wagner, G. (2007): Ein „neuer Geist des Kapitalismus“? In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. 32, 3, S. 3–24.

Weißeno, G. u.a. (2010): Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell. Bonn.

Winter, T. von/Willems, U. (2000): Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung. In: Willems, U./Winter, T. von (Hrsg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen, S. 9–36.





## **Kontakt**

Universität Bielefeld  
Fakultät für Soziologie  
Prof. Dr. Reinhold Hedtke  
Universitätsstraße 25  
33615 Bielefeld  
Telefon: 0521.106-3983  
[reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de](mailto:reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de)